

**SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 AULA – Manuskriptdienst**

**Populäre Irrtümer zur Demografie
Warum Deutschland seinen Kinderschwund nicht stoppt**

Autor und Sprecher: Kostas Petropulos *
Redaktion: Ralf Caspary
Sendung: Donnerstag, 3. Oktober 2013, 8.30 Uhr, SWR 2

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula (Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden für 12,50 € erhältlich.

Bestellmöglichkeiten: 07221/929-26030

Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

SWR2 Wissen/Aula können Sie auch als Live-Stream hören im SWR2 Webradio unter www.swr2.de oder als Podcast nachhören: <http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>

Manuskripte für E-Book-Reader

E-Books, digitale Bücher, sind derzeit voll im Trend. Ab sofort gibt es auch die Manuskripte von SWR2 Wissen/Aula als E-Books für mobile Endgeräte im sogenannten EPUB-Format. Sie benötigen ein geeignetes Endgerät und eine entsprechende "App" oder Software zum Lesen der Dokumente. Für das iPhone oder das iPad gibt es z.B. die kostenlose App "iBooks", für die Android-Plattform den in der Basisversion kostenlosen Moon-Reader. Für Webbrowser wie z.B. Firefox gibt es auch Addons oder Plugins zum Betrachten von E-Books. <http://www1.swr.de/epub/swr2/wissen.xml>

Ansage:

Heute mit dem Thema: „Populäre Irrtümer zur Demografie – Warum Deutschland seinen Kinderschwund nicht stoppen kann“.

Deutschland geht es gar nicht gut, nicht nur wegen einer fehlenden Regierungskoalition. Es gibt Nachwuchsmangel, gleichzeitig werden die Deutschen immer älter, wir steuern auf eine vergreisende Gesellschaft zu mit immer weniger Kindern. Das hat gravierende Folgen für den Sozialstaat und die Wirtschaft. Aber die Politik hält still, traut sich nicht, Reformen durchzusetzen, benebelt stattdessen die Bürger mit falschen Parolen und Mythen. Das sagt in der SWR2 AULA Kostas Petropulos, Leiter des Heidelberger Büros für Familienfragen.

Kostas Petropulos:

Glaubt man den regierungsamtlichen Statistiken, leben Deutschlands Familien eigentlich im Paradies: Es gibt fast 150 verschiedene Leistungen für Ehe und Familie, die insgesamt mit über 200 Milliarden Euro jährlich zu Buche schlagen. Das sind 5 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung und damit ein internationaler Spitzenwert. Unterm Strich kommen so pro Kind 246.000 Euro an staatlichen Subventionen zusammen, wie etwa der Familienexperte des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft Hans-Peter Klös vorrechnet. Trotzdem sorgt das alles nicht einmal für eine ausreichend hohe Geburtenrate und die Kinderarmut bewegt sich seit Jahren auf einem für Deutschland beschämend hohen Niveau.

Dieses mittlerweile öffentlich fest etablierte Urteil zum Familienstandort Deutschland verdankt sich ganz besonders der politischen PR-Spezialistin Ursula von der Leyen. In ihrer damaligen Rolle als Bundesfamilienministerin rechnete sie dem Publikum bereits 2006 eine finanzielle Familienförderung von rund 184 Milliarden Euro vor. Nach dieser Lesart liegen wir mittlerweile bei deutlich über 200 Milliarden Euro im Jahr. Allerdings relativiert selbst Kristina Schröder diese Zahl. Von der Leyens Amtsnachfolgerin spricht jetzt nur noch von 125 Milliarden Euro familienbezogenen Leistungen, „von denen aber lediglich 55,4 Milliarden Euro als Familienförderung im engeren Sinne zu verstehen“ seien.

Auch das bleibt eine grobe Irreführung. Tatsächlich fehlt bei dieser Rechnung der finanzielle Eigenbeitrag der Familien an diesem vermeintlichen Staatsgeschenk. Durch Steuern und Sozialabgaben, so räumte schon Ursula von der Leyen vor Jahren ein, würden Eltern rund 54 Prozent der Fördersumme aus eigener Tasche bezahlen. Nimmt man alle staatlichen Zuwendungen für ein Kind zusammen und verrechnet sie mit den im Laufe eines Lebens an den Staat abgeführten Beträgen, dann steht am Ende sogar ein satter Gewinn – für die öffentliche Hand!

Nach der bislang einmaligen Studie des ifo-Wirtschaftsforschungsinstitutes in München verdient der Staat so an jedem Kind mindestens 77.000 Euro. Das wären bei derzeit 18 Millionen Kindern rund 1,4 Billionen Euro, also mehr als die Hälfte der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung in Deutschland. Demnach sind Kinder entgegen der gängigen Meinung letztlich kein Kostenfaktor für den Staat, sondern eine sprudelnde Einnahmequelle.

Dennoch bleibt die Betrachtung der sogenannten Familienförderung in Deutschland damit noch unvollständig. Gesamtgesellschaftlich entscheidend ist nämlich nicht die staatliche Bilanz aus Ausgaben und Einnahmen bei den Eltern und Kindern, sondern ein ganz anderes Verhältnis – nämlich die Lebenslage von Haushalten mit Kindern im Vergleich zu den Haushalten ohne Kinder.

Schon CDU-Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg beklagte in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts hier ein massives Wohlstandsgefälle. In einer Langzeitbilanz stellte das statistische Landesamt Baden-Württemberg bereits 2002 nüchtern fest: „Die strukturelle Einkommensungleichheit zwischen Kinderlosen und Paaren mit Kindern konnte auch durch den Ausbau familienpolitischer Leistungen in den letzten 20 Jahren nicht beseitigt werden.“ Immer noch würde eine junge Familie mit zwei Kindern pro Kopf nur über die Hälfte des Einkommens verfügen, das kinderlosen Paaren zur Verfügung stehe. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Gegenteil. Das zeigt der Blick auf das frei verfügbare Einkommen von Haushalten mit dem bundesdeutschen Durchschnittsverdienst von 30.000 Euro im Jahr. In 2009 betrug hier der Einkommensvorsprung von Kinderlosen gegenüber einer Familie mit zwei Kindern noch 7.700 Euro, heute sind es 9.400 Euro.

Eigener Nachwuchs bedeutet schlicht das höchste Armutsrisiko. Genau davon lenkt die Politik mit ihrem rituellen Verweis auf die vermeintliche Rekordförderung der Familien bislang die Öffentlichkeit erfolgreich ab.

Kein Deut besser ist es beim Dauersorgenkind Alterssicherung. Hier bestimmen genauso Unkenntnis und grundlegende Irrtümer das öffentliche Bewusstsein. So intonieren alle Parteien gemeinsam das Motto „Die Rente ist Lohn für Lebensleistung!“. Wer über Jahrzehnte erwerbstätig war und fleißig Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat, hätte sich im Alter einen Anspruch auf eine gute Versorgung verdient. Das klingt einleuchtend, ist aber grundfalsch. In Wirklichkeit leistet man mit seinen Beiträgen nichts für die eigene Altersabsicherung. Die gesetzliche Rente ist ein Umlagesystem und deshalb finanzieren die Beitragszahler lediglich den Ruhestand ihrer eigenen Elterngeneration. Es gibt keinen großen Geldtopf, der über die Jahrzehnte gefüllt wird, um danach die Renten auszubezahlen. Die Erwerbstätigen erhalten für ihre Einzahlung lediglich Ansprüche – Ansprüche, die völlig wertlos sind, wenn es keine ausreichend große, leistungsfähige und zum Teilen bereite Nachwuchsgeneration gibt.

Bert Rürup, damaliger Chefberater der Bundesregierung, brachte das Problem noch vor der Jahrtausendwende auf den Punkt: „Die durch die demografische Entwicklung vorprogrammierten Belastungen unseres Rentensystems bis zum Jahr 2040 rühren zu einem Drittel aus der Zunahme der Lebenserwartung und zu zwei Dritteln aus der Geburtenentwicklung her.“ Der Mangel an Kindern ist also die zentrale Ursache für die Nöte der Alterssicherung. Dank ihrer Fehlkonstruktion bringt sie diesen Mangel jedoch selbst hervor. Nach der Systemlogik verzichtet man nämlich am besten auf eigenen Nachwuchs. Wer sich die „Investition“ in Kinder erspart, kann durchgängig erwerbstätig bleiben, vermeidet große Ausgaben und erwirbt damit die höchsten Rentenansprüche.

Kinderlose werden damit gewollt oder ungewollt zu sozialpolitischen Trittbrettfahrern. Im Alter profitieren sie nämlich nicht nur bei der Rente, sondern genauso bei der ähnlich konstruierten Kranken- und Pflegeversicherung von den Kindern, die andere großgezogen haben. Insgesamt, so rechnet der renommierte Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert vor, würden unterm Strich 120 Mrd. Euro von Familien hin zu Kinderlosen pro Jahr umverteilt. Eine leistungsgerechte Korrektur dieses fundamentalen Systemsfehlers erscheint den Parteien in unserer alternden und von Kinderlosigkeit zunehmend geprägten Gesellschaft als reinster politischer Selbstmord. Deshalb setzen sie lieber nicht bei den eigentlichen Ursachen des Kinderschwundes an, sondern schwadronieren stattdessen von den „Chancen des Alterns“.

Trotzdem bleiben die unleugbaren Bedrohungen für den künftigen Wohlstand und die soziale Stabilität der schrumpf-alternden Republik Deutschland. Allerdings geben sich die Regierung und die maßgeblichen Experten den Anschein, mit einem Bündel von Maßnahmen erfolgreich gegensteuern zu können: mehr private Altersvorsorge, mehr Mütter auf dem Arbeitsmarkt, mehr Alte im Job, eine konstant hohe Produktivität und vor allem mehr Einwanderer lauten die wichtigsten Stichworte ihres Rettungskonzeptes.

Schon die von renommierten Wirtschaftsfachleuten geprägte Formel „Kapital statt Kinder zur Altersvorsorge“ ist verfehlt. Die Hoffnung mit reiner Geldanhäufung über eine Lebensversicherung, die Riester- oder Rürup-Rente sich einen sicheren Ruhestand kaufen zu können, ist im Zuge der Banken- und Staatsschuldenkrise aufs Schwerste erschüttert worden. So mussten Millionen von US-Amerikanern und Briten erleben, wie ihr mühsam angespartes Kapital sich plötzlich in nichts auflöste. Nach Schätzungen der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, verloren die Pensionsfonds auf dem Höhepunkt der Bankenkrise im Jahr 2008 rund 23 Prozent ihres Werts. Das waren 5,4 Billionen Dollar.

Von derart massiven Verlusten bleiben die deutschen Privatrentner nur deshalb verschont, weil die Bundesregierung in die Bresche sprang. Am spektakulärsten und teuersten war die Rettung für den Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate, die HRE. Um eine Pleite zu verhindern, gab es bis zu 145 Milliarden Euro an staatlichen Bürgschaften und zusätzlich zehn Milliarden Euro an direkten Kapitalhilfen. Profiteure dieser Aktion waren neben in- und ausländischen Banken, Rentenkassen, Lebensversicherer und Pensionsfonds.

Damit ist aber längst noch nicht Ruhe eingekehrt. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sorgt zwar gegenwärtig dafür, dass alle Euro-Staaten ihre Schulden bequemer abbauen können. Andererseits sinken damit die Zinserträge für alle Sparer und natürlich ebenso für die Lebensversicherungen und die Riester-Verträge. In ihrer Not haben die Versicherer deshalb erst ihre Überschussbeteiligung, dann den Garantiezins abgesenkt und unlängst sogar ganz abgeschafft.

Eine logische Reaktion. Bekanntlich warnen Fachleute schon seit Jahren vor einer globalen Geldblase, die von den Notenbanken mit ihrer Politik des billigen Geldes noch weiter angeheizt wird. Die weltweit an den Finanzmärkten gehandelten Billionen an Euros oder Dollars übertreffen nämlich um ein Zigfaches die tatsächliche Produktion von Waren und Dienstleistungen. Das treibt die Aktien, das Gold oder die

Preise für Immobilien in immer neue Höhen. Zugleich wächst bei den Akteuren die Angst vor dem Crash.

Aber selbst wenn die Versicherer oder Pensionsfonds es schaffen würden, das angelegte Kapital nicht nur zu erhalten, sondern über die Jahrzehnte hinweg sogar zu vermehren, bedeutet das keine Entwarnung für die Altenrepublik. Wie viel die künftigen Rentner, Pensionäre und Pflegebedürftigen für das angesammelte Geld schließlich an Waren und Dienstleistungen einkaufen können, ist ebenfalls demografieabhängig.

So können Autos, Computer oder Nahrungsmittel ja hochrationell von intelligenten Maschinen produziert werden. Aber was ist mit den persönlichen Dienstleistungen und der persönlichen Zuwendung im Falle von Einsamkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit? Wer sich da nicht mit einem Roboter zufrieden geben will, sondern von echten Menschen umsorgt werden möchte, wird es noch viel schwerer als heute haben. Bei einem künftig deutlich geschrumpften Erwerbspersonenpotential und gleichzeitig rasant steigender Nachfrage für diese personennahen Tätigkeiten dürften nach den Gesetzen des Marktes auch die Preise für diese Arbeit kräftig steigen. Dabei ist schon heute für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen eine regulär entlohnte Pflege finanziell immer schwerer verkraftbar.

Kurz und schlecht: Die Hoffnung, fehlende Kinder durch mehr Sparkapital ersetzen zu können, ist eine Illusion. Das beginnt der Öffentlichkeit zwar zu dämmern, aber die Politik setzt mit vielen Steuermilliarden alles daran, die unausweichliche Enttäuschung möglichst lang herauszuzögern.

Nicht besser steht es um die nächste Säule des regierungsamtlichen Demographiekonzeptes: „Mehr Frauen (genauer: Mütter) auf den Arbeitsmarkt“.

Mehr Frauen, genauer mehr Mütter, auf den Arbeitsmarkt. „Knapp fünf Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter sind nicht berufstätig“ und „nur 55 Prozent der erwerbstätigen Frauen gehen einer Vollzeitbeschäftigung nach“, so klagt die Bundesregierung. „Allein durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stünden dem Arbeitsmarkt nach aktuellen Schätzungen rund 1,2 Millionen qualifizierte Frauen mehr zur Verfügung.“ Damit bilden sie aus Regierungssicht das größte Reservoir qualifizierter Fachkräfte, das es zu heben gelte.

Nur macht die Politik hier die Rechnung ohne die Wirtin. Von den Müttern, die heute bereits einem 40-Stunden Job nachgehen, wollen die meisten deutlich kürzer treten. Im Durchschnitt wünschen sie sich eine Arbeitszeitverkürzung um 10 Stunden. Bei den Vätern liegt die ideale Arbeitszeit immerhin noch 7 Stunden unterhalb ihres heutigen Pensums. Statt mehr Vollzeitarbeit, wie von Regierung und Experten gewünscht, wollen Eltern also am liebsten qualifizierte und auskömmlich bezahlte Teilzeitarbeit. Das ist nicht verwunderlich. Schließlich beklagen Eltern und ihre Kinder unisono zu wenig gemeinsame Zeit füreinander. Deshalb widmete sich der 8. Familienbericht der Bundesregierung dem Thema „Zeit für Familie“.

Die ist nach Ansicht von Fachleuten auch dringend notwendig. Das zeigt etwa die Repräsentativstudie des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik von 2012. Laut der Untersuchung zählen 17 Prozent der Neueltern zu den

"unsicheren Familien" und rund sechs Prozent zu den Risiko-Familien. Lediglich 77 Prozent der Familien gelten nach der Studie als stabil und "selbstorganisiert". Der Psychotherapeut und Bindungsforscher der Uni München Karl Heinz Brisch konstatiert zudem, dass in Deutschland nur 55 bis 65 Prozent aller Kinder als „sicher gebunden“ gelten. Neben der Erziehungskompetenz der Eltern spielt dabei genügend Zeit für die gemeinsame Alltagsgestaltung die ausschlaggebende Rolle.

Tatsächlich prägt jedoch Stress das Leben von immer mehr Familien. Stress, den man den Eltern als Verwandte, Freunde, Nachbarn oder Arbeitskollegen oft ansieht. Das dürfte im Übrigen einer der wichtigsten Gründe dafür sein, dass Kinder hierzulande immer seltener als Quelle von Lebensfreude und Zufriedenheit wahrgenommen werden. Deshalb gibt es in Europa neben Deutschland nur sechs weitere Länder, in denen die Mehrheit der Befragten keine oder ausdrücklich weniger als die demographisch idealen zwei Kinder bekommen möchten. Derzeit liegt die Wunschkindzahl der jungen Bevölkerung bei 1,7.

Aus demographiepolitischer Sicht gibt es zudem bei der Frauenbeschäftigung noch eine weitere beunruhigende Entwicklung: Einerseits ist zwischen 1970 und 2010 die Erwerbsquote von Frauen um mehr als die Hälfte auf 70 Prozent gestiegen. Das verdankt sich vor allem den Müttern, die verstärkt auf den Arbeitsmarkt strömen. Andererseits berichten die Krankenkassen seit einiger Zeit von einer rasanten Zunahme der Krankschreibungen wegen psychischer Erkrankungen. Frauen sind dabei doppelt so oft davon betroffen wie Männer. Trotz aller familienpolitischen Bemühungen, Kinder und Beruf besser zu vereinbaren, gehören gerade Mütter überproportional oft zu den Erkrankten. So berichtet das Müttergenesungswerk, dass 76 Prozent der Frauen, denen eine sogenannte Mutter-Kind-Kur im letzten Jahr gewährt worden ist, erwerbstätig sind. Häufigste Gründe ihrer krankmachenden, psychosozialen Belastungen: ständiger Zeitdruck und hohe berufliche Beanspruchung.

Laut dem Stressreport 2012 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ist für 43 Prozent der Befragten in den vergangenen der Stress und Arbeitsdruck gewachsen. Jeder Fünfte fühlte sich überlastet. Stressopfer sind vor allem Vollzeitbeschäftigte und überdurchschnittlich oft Frauen mit den weiblichen Zukunftsjobs im Bereich Gesundheit, Bildung und Betreuung.

Genau diese Entwicklung lässt auch den weiteren Baustein der regierungsamtlichen Demographiestrategie in einem weniger rosigen Licht erscheinen: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre und eine höhere Erwerbsquote für Ältere. Laut Bundesregierung sichert der „schrittweise Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2025 eine Million Arbeitskräfte. Eine weitere Million ließe sich durch die Anhebung der Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen von rund 60 auf 70 Prozent aktivieren.“

Das ist allerdings einfacher gesagt als getan. Einerseits hat die weitgehende Abschaffung der staatlichen Förderung bei einem vorzeitigen Renteneintritt ihre Wirkung nicht verfehlt: 2001 lag die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen noch bei knapp 21 Prozent, zehn Jahr später, im Jahr 2011 hat sie sich mit 44 Prozent mehr als verdoppelt. Andererseits verstärkt diese Entwicklung jedoch einen unerwünschten Negativtrend: Immer mehr ältere Beschäftigte sind derart

gesundheitlich angeschlagen, dass sie eine medizinische Rehabilitation brauchen, um in ihrem Job weitermachen zu können. Im letzten Jahr waren das fast 2,1 Millionen Arbeitnehmer, die diese Leistung bei den Krankenkassen beantragt haben. Gegenüber 2005 bedeutet das einen Anstieg um 28 Prozent.

Häufigster Grund der Kurbedürftigkeit sind zwar immer noch Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems, also Rückenbeschwerden oder Gelenkerkrankungen. Aber: Zwischen 2005 und 2012 haben sich psychische Störungen als zweithäufigste Diagnose etabliert. Fachleute machen die massive Arbeitsverdichtung der letzten Jahre durch Beschleunigung und Entgrenzung von Arbeitszeit und Arbeitsort dafür verantwortlich. Laut Stressreport 2012 klagt mittlerweile fast die Hälfte aller Deutschen über zuviel Druck am Arbeitsplatz. Gerade bei den älteren Beschäftigten führt dies vermehrt zur psychischen Überforderung, die immer öfter in einer Depression endet. Depressionen oder Angststörungen sind deshalb in den vergangenen zehn Jahren zum Hauptgrund für den unfreiwilligen Vorruhestand geworden.

Damit stehen Politik und Wirtschaft vor einer gewaltigen Aufgabe: Sollte die Bundesregierung die Älteren tatsächlich wie gewünscht länger und zahlreicher auf dem Arbeitsmarkt halten können, drohen die genannten Probleme schon rein zahlenmäßig deutlich zu wachsen. Dann würde nämlich die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 55 und mehr Jahren zwischen 2008 bis 2025 um rund 3,2 auf 9,4 Millionen wachsen. Dann wäre jeder vierte Erwerbstätige älter als 55 Jahre. Derzeit ist es rund jeder siebte.

Selbstverständlich kann man die Arbeitswelt altersgerechter umgestalten. Auch mit einer breit angelegten Gesundheitsförderung für alle Mitarbeiter im Betrieb lässt sich die körperliche und geistige Fitness länger als bisher aufrechterhalten. Aber trotz aller Optimierungsbemühungen – am Ende wird es ohne eine Entschleunigung der entfesselten Arbeitswelt nicht gehen, wenn wir alle länger arbeiten und dabei gesund bleiben wollen.

Damit gerät jedoch eine weitere Säule des Konzeptes für ein sorgenfreies Schrumpf-Altern der Republik ins Wanken: Das demographische Allheilmittel „Steigerung der Produktivität“. Nicht nur die Regierung und die Wirtschaft, sondern vor allem die Gewerkschaften setzen darauf, um damit altersbedingte Kürzungen des Sozialstaates zu verhindern. Norbert Blüm, der ehemalige Bundearbeits- und Sozialminister, hat diesen Gedanken stets mit einem anschaulichen Beispiel verdeutlicht. Früher, so sein Argument, habe ein Bauer nur 3 Konsumenten versorgen müssen, heute kämen auf einen Landwirt mehr als 80 Verbraucher – Dank gesteigerter Produktivität.

Doch diese Hoffnung ruht auf sandigem Grund. Schon das Beispiel Norbert Blüms hält einer genaueren Prüfung nicht stand. Die gewaltigen Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft sind nämlich mit einem enormen Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden auf den Feldern möglich geworden. Ihre Rückstände im Grundwasser oder in den Lebensmitteln sorgen allerdings immer wieder bei Experten für Debatten über ihre möglichen Gesundheitsschäden bei Menschen. Zudem zeigt sich, dass der vermehrte Einsatz von Kunstdünger im Laufe der Jahrzehnte seine ertragssteigernde Wirkung in Mitteleuropa stark eingebüßt hat.

Ganz ähnlich verläuft die Produktivitätskurve der gesamten Volkswirtschaft – sie ist tendenziell sinkend. Von 1970 bis 1980 stieg die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen durchschnittlich 2,6 Prozent im Jahr, zwischen 2000 bis 2010 waren es ganze 0,7 Prozent – also nur noch etwas mehr als ein Drittel gegenüber der Zeit vor der Jahrtausendwende. Diese Entwicklung zeigt den Übergang von der Industrie- zur heutigen Dienstleistungsgesellschaft. Anders als beim geschrumpften Industriesektor lässt sich jedoch im Dienstleistungsbereich die Produktivität zum Beispiel im boomenden Gesundheits- und Pflegemarkt nicht mehr so einfach steigern. Ganz im Gegenteil: Laut Stressreport 2012 gehören die Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe zu den Berufen mit dem höchsten Maß an Überforderung und Stress.

Im Alltag bedeutet die heute erreichte Produktivität in diesen Dienstleistungsbereichen nichts anderes als etwa Pflegenotstand in Altenheimen oder Verwahrung statt Bildung in den Kindertagesstätten aus Personalmangel. Ein höherer Personaleinsatz für die notwendigen und auch politisch immer wieder geforderten Qualitätsverbesserungen führt jedoch zur Absenkung der Produktivität.

Verschärfend kommt noch ein weiterer Trend hinzu: Der Nachwuchs ist nicht bereit, den Stress der heutigen Arbeitswelt hinzunehmen. Personalberater und Personalchefs haben die sogenannte Generation Y ausgemacht. Sie fordert, Beruf und Privatleben, Arbeit und Zeit für Familie und Freunde gleichzeitig zu leben – also eine Abkehr vom heute praktizierten Primat der Erwerbsarbeit.

Das alles spricht nicht für die politische Hoffnung, durch eine Steigerung der Produktivität die demographische Schwindsucht des Landes auffangen zu können. So bleibt der Bundesregierung noch ein großer demographischer Rettungsanker: die forcierte Einwanderung. Anders als in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts sollen es aber diesmal nur Fachkräfte sein, die ins Land kommen: Von hochqualifizierten Ingenieuren, über Computerexperten und Ärzten bis hin zu Pflegepersonal für Krankenhäuser und Altenheime. Ebenfalls kein einfaches Unterfangen. Schon seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts gingen die Einwanderungszahlen kontinuierlich zurück und 2008 verließen sogar wieder mehr Menschen das Land als zuzogen.

Bereits Anfang des Jahrtausends versuchte der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hier gegenzusteuern. Mit der sogenannten Green Card wollte er indische Programmierer für die Computerbranche anlocken, die besonders lautstark über Fachkräftemangel klagte. Das Vorhaben floppte. Seit dem letzten Jahr probiert es die Regierung mit der sogenannten „Blue Card“ der EU. Aus ihrer Sicht bleibt sie notwendig, selbst wenn es seit 2010 wieder einen steigenden Einwanderungsüberschuss gibt. Im letzten Jahr erreichte er mit 340.000 Personen sogar einen seit 1993 nicht mehr gesehenen Höchststand. Dafür sorgen nicht nur viele Osteuropäer. Zunehmend ins Gewicht fallen die jungen Südeuropäer aus den krisengebeutelten Euro-Staaten Spanien, Griechenland und Italien. Die Unternehmen, Krankenhäuser und von Personalnot geplagten vielen neuen Krippen können sich freuen.

Für den bundesdeutschen Steuerzahler und Sparer trifft das eher nicht zu. Schließlich stehen Spanien und Griechenland bei ihnen mit dreistelligen Milliardenbeträgen in der Kreide. Wenn es überhaupt eine realistische Chance auf die Rückzahlung ihrer Schulden geben soll, müssen diese Länder kräftig wachsen und endlich wieder Überschüsse erwirtschaften. Aber wie soll das jemals gelingen, wenn die jungen und leistungsfähigsten Menschen nicht mehr da sind, weil sie jetzt das deutsche Bruttosozialprodukt steigern?

Gleiches gilt für das bislang kaum erschlossene Einwanderungspotential Deutschlands: Die Länder außerhalb der EU. Ob Indien, China oder Brasilien – alles Länder, die als dauerhafte Abnehmer deutscher Exportprodukte nur in Frage kommen, wenn sie selbst florieren. Dafür brauchen sie ihre besten Arbeitskräfte allerdings selber. Zugunsten der altersschwachen Bundesrepublik werden sie wohl kaum verzichten wollen. Einwanderung als Antwort auf den Kinderschwund in Deutschland ist indes nicht nur aus handels- und finanzpolitischer Sicht höchst fragwürdig. Auch demographisch ist die Entlastung geringer als gedacht.

So trägt der Zuzug junger Ausländer langfristig wenig zur Verjüngung der Gesamtbevölkerung bei. Zwar kommen viele aus Regionen, in denen hohe Kinderzahlen üblich sind, aber wenn sie in Deutschland sind, passen sie sich sehr schnell an das deutsche Niveau an. Beispielsweise liegen die Geburtenraten der griechischen, spanischen und kroatischen Frauen schon unter der von deutschen Frauen. Bei den hochqualifizierten Frauen, die ja künftig vor allem ins Land kommen sollen, liegt die Geburtenrate sogar noch niedriger.

Im Klartext: Junge Einwanderer bringen heute eine demographische Entlastung, aber in den kommenden Jahrzehnten verschärfen sie sogar noch den Alterungstrend. Das gilt in gleicher Weise für die öffentlichen Kassen: Kurzfristig lassen ausländische Fachkräfte die Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben steigen – langfristig führt das jedoch ebenfalls zu hohen Leistungsansprüchen dieser Menschen an den Sozialstaat. Das dürfte die Finanzierungsnöte der deutschen Altenrepublik noch vergrößern.

Hinzu kommt ein weiterer, noch viel brisanterer Aspekt. Dank der aktuell gestiegenen Einwanderung könnten von 2013 bis 2017 rund 2,2 Millionen Menschen ins Land strömen. Bevölkerungswissenschaftler des Wirtschaftsforschungsinstituts Kiel Economics sehen bereits die größte Einwanderungswelle seit Generationen kommen. Sollte es bis 2060 so weiter gehen, bleibe die in Deutschland lebende Bevölkerung wenigstens stabil. Und alle Kassandrarufer zur alternden Gesellschaft und den darauf fußenden Prognosen wären Makulatur.

Bevor der große Jubel darüber ausbricht, sollte man diesen Trend indes zu Ende denken. Behielten die Wirtschaftsdemografen recht, dann würden bis 2060 mehr als 100 Millionen Menschen, zum größten Teil aus dem außereuropäischen Ausland, hier leben. Dabei sind bereits heute knapp zwei Drittel der Bürger der Auffassung, Zuwanderung führe zu zusätzlichen Belastungen in den sozialen Sicherungssystemen, zu Konflikten mit Einheimischen und zu Problemen in den Schulen.

Selbst der weltoffene Sozialdemokrat und Ex-Vize-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sorgte vor einigen Monaten für überraschende Schlagzeilen. In einem Interview hatte er sich über das mitunter strapaziöse Zusammenleben mit den nach Berlin zuwandernden Schwaben beklagt, da sie es am notwendigen Anpassungswillen an das Leben in der Großstadt fehlen ließen.

Im Übrigen: Um die demographische Balance zu halten, genügt es nicht nur die Bevölkerungszahl zu stabilisieren. Es kommt vor allem darauf an, das Verhältnis zwischen den Altersgruppen, also zwischen Jung und Alt, zu wahren. Orientiert man sich an diesem Ziel, müssten nach Berechnungen der UNO zwischen 2000 und 2050 über 180 Millionen Einwanderer dauerhaft im Land bleiben.

Wie Politik und Experten es auch drehen mögen: Ob mehr private Altersvorsorge, mehr Mütter auf dem Arbeitsmarkt, mehr Alte im Job, eine konstant hohe Produktivität oder mehr Einwanderer – die gesamte, hier unvollständig abgearbeitete Liste der vermeintlichen Patentrezepte gegen die Schrumpf-Alterung unseres Landes halten letztlich einer genauen Prüfung nicht stand.

Es gibt keine gesellschaftliche noch volkswirtschaftliche Alternative zur überlebenswichtigen Aufgabe jeder Gesellschaft, den eigenen Nachwuchs zu hegen und zu pflegen. Alle, die das hauptverantwortlich übernehmen, von den Eltern über die Erzieherinnen, die Lehrer bis hin zu den Universitätsdozenten(innen), müssen dabei nach Kräften unterstützt werden.

Je länger wir uns aber an den populären Irrtümern der Demographie festklammern, desto schmerzhafter wird der kommende Absturz in die Wirklichkeit ausfallen. Für eine weiche Landung ist es dabei in jedem Fall schon längst zu spät.

* Kostas Petropulos ist Leiter des partei- und verbandspolitisch unabhängigen „Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit“ (HBF).